

Klaus-Jürgen Scherer

## Politisch tätig durch Untätigkeit?

### Falsches publizistisches Lob des Nichtwählers

#### Klaus-Jürgen Scherer

(\* 1956) ist Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie und Redakteur der *NG/FH* in Berlin.

klaus-juergen.scherer@fes.de



Die Bundestagswahl 1972, die die SPD vor allem mit dem Slogan »Willy wählen« bestritt, und bei der eine Rekordwahlbeteiligung von 91,2 % erreicht wurde, ist lange her. Seither ist der Wert stetig gefallen und lag bei der Bundestagswahl 2009 nur noch bei 70,8 %, ein Einbruch von satten 6,8 % gegenüber 2005. Dieser Rückgang ging vor allem zu Lasten der SPD, die doppelt so viele Stimmen wie die Union, nämlich über 2 Millionen, an die Nichtwähler verlor. Die Gründe waren vielfältig: vom schwierigen Wahlkampf aus der Großen Koalition heraus, über den Vertrauensverlust in Fragen sozialer Gerechtigkeit und die mangelnde Verarbeitung der Agenda-Politik, bis zum wenig glaubwürdigen Macht- und Führungsanspruch. Gemeinwohlalternativen wie die soziale Lastenverteilung der durch die Krise gigantischen Neuverschuldung oder das dringende klimapolitische Umsteuern in einem Zeitfenster von nur noch 15-20 Jahren wurden kaum deutlich vermittelt.

Die Rechnung des CDU-Wahlkampfes, die Leute einzulullen, Zukunftsthemen und Polarisierung zu meiden, ging auch deshalb auf, weil in den Medien randständige Debatten dominierten. Zu oft ging es um Konstellationstaktik im Fünf-Parteien-

System, um den Abgesang auf die SPD als Mitglieder- und Volkspartei, um neue junge Piraten-Protestwähler oder um programmatische Beliebigkeit, wie sie Hape Kerkelings Kunstfigur Horst Schlämmer satirisch zum Programm erklärte (»konservativ, links, liberal«). An manchen »nach rechts gerückten journalistischen Zeitgeist« (Wolfgang Thierse) mag man sich bereits gewöhnt haben, eine neue Grenzüberschreitung war jedoch die diesjährige Debatte um das Nichtwählen.

#### Publizistische Renaissance der Stammtische

Was lange als mitschuldig am Untergang der Weimarer Demokratie – der »Republik ohne Republikaner« (Dietrich Bracher) – galt, was seit »68« als Ressentiments der Stammtische marginalisiert war, erlebte eine publizistische Renaissance. Was wir vom frühen Thomas Mann (»Betrachtungen eines Unpolitischen«) bis zu Carl Schmitt kennen: die Verachtung des Parteienstaates, die Relativierung demokratischer Wahlen, die Sehnsucht nach klarer Entscheidung und »wahrem Volkswillen«: Elemente dieses Denkens begegnen uns nun wieder, selbst in Büchern von Beatrice von Weizsäcker, Hans Herbert von Arnim oder Axel Brüggemann.

Und am deutlichsten bei Gabor Steingart, dessen *Ansichten eines Nichtwählers* die »Zurückweisung des Angebots der Parteien insgesamt« und die »Überwindung des Parteienstaates« propagieren. Pauschaler kann das Verdikt kaum sein: Den

Parteien »fehlen die körperlichen und geistigen Voraussetzungen, um Deutschland im 21. Jahrhundert führen zu können«. Man könnte ja auch Banker, Manager und Finanzjongleure hinterfragen. Nein, an allem sind immer die Parteipolitiker Schuld. Selbst ein Sozialdemokrat wie Friedrich Ebert gerät da zu »Hitlers Helfer«. Gefordert wird, das »Parteiversagen« durch Wahlenthaltung zu stoppen, statt, was die demokratische Reaktion wäre, durch politisches Engagement mitzuhelfen, die Parteien zu erneuern.

»Wenn die Stimmen zählen, werden die Inhalte zweitrangig« behauptet der sympathische ostdeutsche Autor Thomas Brussig. In der heißen Wahlkampfphase setzte er Parteien und Parlament als »Einrichtungen des 19. Jahrhunderts« in Gegensatz zu einer – wie auch immer zu verstehenden – »zeitgenössischen Demokratie«. Durch Nichtwahl könne man seine »Freiheit von der Politik ausdrücken«, denn: »Nicht zu wählen, kann heißen: keine der zur Wahl stehenden Optionen ängstigt mich, an keine binde ich mein Lebensglück. Nicht zu wählen, bedeutet, sich nicht den politischen Verhältnissen unterworfen zu fühlen.« Auch andere, wie der mal wieder vom Zeitgeist gewendete Martin Walser, bliesen in dasselbe Horn: »In einer richtigen Demokratie kann man auch durch Nichtwählen wählen... Man wird politisch tätig durch Untätigkeit.«

Natürlich sind diese Autoren keine Rechten und keine Extremisten; selbst Steingart ist nur ein konservativer Amerikafreund, der uns das dortige politische System empfiehlt. Dennoch lässt ein solcher Habitus, der nahelegt, das Volk müsse ohne Parteien und Institutionen mal so richtig durchregieren, die Demokratie – die bekanntlich auf Wahlen, rationalem Diskurs, Interessenausgleich und Kompromiss basiert – im Stich.

Wer wollte die Erosion von Mitgliedern, Wählern, Repräsentativität und Legitimität leugnen. Doch privatistisch be-

gründete Entfremdungsgefühle und Identifikationsbedürfnisse erzeugen realitätsferne Schwarz-Weiß-Bilder. Undifferenzierte Parteienschelte unterschätzt inhaltliche Differenzen (wie sehr Schwarz-Gelb anders entscheidet als Schwarz-Rot, wird in diesen Tagen deutlich). Und niemand kann sich einfach entziehen, bei Nichtwahl gewinnen halt die anderen an Einfluss, besonders die kleineren, radikaleren und populistischen Parteien, deren Mitglieder besonders motiviert sind.

### Objektive Wirkung

Von der Nichtwahl geht mitnichten ein eindeutiges Signal aus, die Motive sind zu unterschiedlich. Die Parteienforschung kennt verschiedene Nichtwählertypen. Unter den Dauerverweigerern, auch »kommunikatives Prekariat« (Werner Platzelt) genannt, die sich nicht für Politik interessieren und auf die Demokratie pfeifen, dürften sich nur wenige intellektuelle Schreiber verbergen. Dies belegt auch eine neue Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die eine überdurchschnittliche Zahl der Nichtwähler in jenen Regionen, Kommunen und Stadtteilen feststellt, in denen besonders viele Menschen von Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen leben müssen.

Genauso häufig kommt, man glaubt es kaum, der »technische Nichtwähler«, etwa durch Urlaub oder Umzug, vor. Und schließlich stellen die »konjunkturellen Nichtwähler« diesmal den Löwenanteil, eben diejenigen, die 2009 die SPD nicht glaubwürdig fanden, ihr aber nicht gleich untreu werden wollten, mithin für sie vielleicht zurückgewinnbar sind.

Was auch immer die Absichten der Autoren waren, diejenigen, die das Lob des Nichtwählers medial pushten, haben ihr Ziel nun erreicht. Auch die Demobilisierung der Wähler half der Wiederherstellung der konservativ-liberalen Regierung nach 11 Jahren!